

Bericht über die Prüfung des
Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2017
und des Lageberichts

des

Wasser- und Abwasserzweckverband „Der Teltow“,
Kleinmachnow

INHALTSVERZEICHNIS

	SEITE
A. PRÜFUNGSauftrag	7
B. Grundsätzliche Feststellungen	8
C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	10
D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	
I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	
1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	12
2. Jahresabschluss	12
3. Lagebericht	13
II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses	13
III. Analyse des Jahresabschlusses	
1. Wirtschaftliche Grundlagen	14
2. Ertragslage	15
3. Vermögens- und Kapitalstruktur	16
4. Finanzlage	17
E. Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrags	18
F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	19

ANLAGEN

Bilanz zum 31.Dezember 2017	1
Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017	2
Anhang zum Jahresabschluss 31.12.2017 einschließlich Entwicklung des Anlagevermögens	3
Finanzrechnung für das Jahr 2017	4
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017	5
Erfolgsübersicht nach EigV	6
Technische und wirtschaftliche Grundlagen	7
Rechtliche, steuerliche und wirtschaftliche Verhältnisse	8
Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG	9
Allgemeine Auftragsbedingungen	10

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

BbgKVerf	Kommunalverfassung des Landes Brandenburg
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BilRUG	Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz
EigV	Verordnung über die Eigenbetriebe der Gemeinden
HGrG	Haushaltsgrundsätze-gesetz
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf
MWA	Mittelmärkische Wasser- und Abwasser GmbH, Kleinmachnow

A. PRÜFUNGSauftrag

Die Verbandsversammlung des

Wasser- und Abwasserzweckverband „Der Teltow“,

Kleinmachnow,

(im Folgenden auch "Zweckverband" genannt)

hat uns mit Beschluss vom 22. November 2017 zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2017 gewählt. Der Verbandsvorsteher beauftragte uns daraufhin, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 unter Einbeziehung der Buchführung sowie den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017 zu prüfen. Es handelt sich um eine freiwillige Prüfung.

Außerdem wurden wir mit der Prüfung nach § 53 HGrG beauftragt.

Wir bestätigen gemäß § 321 Absatz 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Nachfolgend berichten wir über die Art und den Umfang der Prüfung sowie deren Ergebnisse. Zu dem von uns erteilten Bestätigungsvermerk verweisen wir auf Abschnitt F.

Der vorliegende Prüfungsbericht wurde von uns in Übereinstimmung mit dem Prüfungsstandard "Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen" des IDW erstellt. Soweit in diesem Bericht Werte in "TEUR" angegeben werden, sind Abweichungen durch Rundungen in Höhe von TEUR 1 möglich.

Für die Durchführung unseres Auftrags und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften nach dem Stand vom 1. Januar 2017 (Anlage 10) maßgebend.

B. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN

Der Vorstandsvorsteher hat im Lagebericht und im Jahresabschluss die wirtschaftliche Lage des Zweckverbands beurteilt.

Gemäß § 321 Absatz 1 Satz 2 HGB haben wir als Abschlussprüfer in einer vorangestellten Berichterstattung zur Beurteilung der Lage des Zweckverbands durch die gesetzlichen Vertreter Stellung zu nehmen. Dabei haben wir insbesondere auf die Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit und auf die Beurteilung der künftigen Entwicklung des Zweckverbands einzugehen, wie sie im Jahresabschluss und im Lagebericht ihren Ausdruck gefunden haben, soweit die von uns geprüften Unterlagen eine solche Beurteilung erlauben.

Folgende Kernaussagen der Lagebeurteilung durch die gesetzlichen Vertreter sind hervorzuheben:

- Die Kundenverbrauchsmengen im Bereich Trinkwasser betragen im Geschäftsjahr 2017 3.047.504 m³ (Vorjahr: 3.168.919 m³). Im Bereich Schmutzwasser wurden im Geschäftsjahr 2017 2.763.845 m³ (Vorjahr: 2.694.349 m³) abgerechnet. Im regenreichen und sonnenarmen Jahr 2017 blieb die Abnahme von Trinkwasser saldiert betrachtet nahezu auf Vorjahresniveau. Es erfolgte eine leichte Erhöhung des Trinkwasserverbrauchs in den Haushalten und Gewerben, welcher jedoch aufgrund des stark gesunkenen Gartenwasserverbrauchs (Absetzmengenzähler) überkompensiert wurde. Die Mehrmengen im Schmutzwasser korrespondieren mittelbar mit den gestiegenen Trinkwassermengen.
- Die kontinuierliche Modernisierung des Leitungssystems führte wie im Vorjahr zu einer weiteren Reduzierung der Wasserverluste. Der Zweckverband hat einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 957 erwirtschaftet. Das Vorsteuerergebnis beläuft sich auf TEUR 1.086 und verteilt sich auf die Bereiche Trinkwasser (TEUR 558) und Schmutzwasser (TEUR 528). Die Ertragslage des Zweckverbandes ist weiterhin positiv. Das Ergebnis gewöhnlicher Geschäftstätigkeit nach Formblatt der EigV liegt auf Vorjahresniveau.
- Im Geschäftsjahr wurden TEUR 3.387 investiert. Davon wurden TEUR 1.326 im Trinkwasserbereich für Wassergewinnungsanlagen (TEUR 132), Leitungsnetz und Hausanschlüsse investiert, weitere Anlagen befinden sich noch im Bau (TEUR 337). Im Schmutzwasserbereich betreffen die Investitionen im Wesentlichen Sammelanlagen und Hausanschlüsse (TEUR 1.669) sowie Pumpwerke (TEUR 364). Neben kleineren Neubaugebieten, die eine Erweiterung des Netzes erfordern, und der Erneuerung des Rohrnetzes im Zuge von Straßenbaumaßnahmen liegt der Schwerpunkt weiterhin auf der Wartung und dem Erhalt der bestehenden Anlagen sowie dem Anschluss von neu bebauten Grundstücken an die Ver- und Entsorgungsnetze.
- Im Schmutzwasserbereich sind insbesondere Maßnahmen in diversen Pumpwerken notwendig. Diese werden in den kommenden Jahren sukzessive saniert und insbesondere hinsichtlich der Steuerungstechnik erneuert.

- Aus dem Beschluss des BVerfG vom 12.11.2015 (1 BvR 2961/14, 1 BvR 3051/14) zur rückwirkenden Festsetzung von Kanalanschlussbeiträgen im Land Brandenburg sind Verfahren gegen den Verband in verschiedenen Instanzen bei Gericht anhängig. Abhängig von den Entscheidungen der Gerichte sind negative Auswirkungen auf die Liquidität der Verbandes möglich. Bisher liegen jedoch keine Anhaltspunkte vor, die Risiken nicht als gering einzustufen. Eine kritische Liquiditätssituation wird zu keiner Zeit erwartet.
- Der Zweckverband wächst aufgrund der aktuell gesteigerten Bautätigkeiten im Verbandsgebiet und rechnet mit entsprechenden Mengensteigerungen. Diese stabilisieren einerseits die Ertragslage des Verbandes, führen andererseits auch zu notwendigen strategischen Maßnahmen. Das beständige Wachstum des Großraums Berlin/Potsdam führt außerdem auch zu einer sich abzeichnenden und in der Zukunft verstärkenden Problematik um die Nutzung der vorhandenen Grundwasserressourcen. Gerade im direkten Umfeld zum Berliner Stadtgebiet muss in absehbarer Zukunft mit konkurrierenden Nutzungsgenehmigungen in der Wasserförderung gerechnet werden.
- Für 2018 wird ein Jahresergebnis von TEUR 770 erwartet. Im Vergleich zum Wirtschaftsjahr 2017 werden steigende Umsätze bei nahezu gleichbleibenden Aufwendungen für Sanierungstätigkeit erwartet.

Wegen weiterer Einzelheiten zu den vorstehend wiedergegebenen Aspekten verweisen wir auf den als Anlage 5 beigefügten Lagebericht.

Die Beurteilung der Lage der Gesellschaft einschließlich der Fragen des Fortbestands und der künftigen Entwicklung ist plausibel und folgerichtig abgeleitet. Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend.

C. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG

Gegenstand unserer Prüfung waren die Buchführung, der Jahresabschluss und der Lagebericht des Zweckverbands.

Außerdem haben wir im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung geprüft.

Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht einschließlich der dazu eingerichteten internen Kontrollen liegen in der Verantwortung des Verbandsvorstehers des Zweckverbands. Unsere Aufgabe ist es, diese Unterlagen und Angaben im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

Eine Überprüfung von Art und Angemessenheit des Versicherungsschutzes, insbesondere, ob alle Wagnisse berücksichtigt und ausreichend versichert sind, war nicht Gegenstand unseres Auftrags.

Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften ist nur insoweit Gegenstand der Abschlussprüfung, als sich aus diesen anderen Vorschriften üblicherweise Auswirkungen auf den Jahresabschluss oder den Lagebericht ergeben.

Der Zweckverband nimmt entsprechend seiner Satzung zu § 16 Wirtschaftsführung seine Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen nach den Vorschriften über die Eigenbetriebe wahr. Demzufolge ist der Zweckverband aufgrund der Vorschriften des § 106 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg zur Durchführung einer Jahresabschlussprüfung verpflichtet. Bei der Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses sind entsprechend die Vorschriften zur Eigenbetriebsverordnung zu beachten. Die Aufstellung der Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, der Finanzrechnung sowie der Erfolgsübersicht erfolgte nach den Formblättern der EigV. Insbesondere im Bereich der Gewinn- und Verlustrechnung ergeben sich hierbei Unterschiede zum Gliederungsschema nach § 275 HGB.

Unsere Prüfung erfolgte gemäß den Bestimmungen der §§ 316 ff. HGB unter Beachtung der vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlussprüfungen.

Wir führten die Prüfung in den Monaten Juni und Juli 2018 in den Geschäftsräumen des Zweckverbands und in unserem Büro durch. Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von uns geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Bestätigungsvermerk zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 unter Einbeziehung des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2016.

Wir haben zunächst die Buchführung und den uns vorgelegten Jahresabschluss und Lagebericht im Hinblick auf Risiken durch Unrichtigkeiten und Verstöße analysiert. Außerdem haben wir in erforderlichem Maße das System der internen Kontrollen geprüft und beurteilt, insbesondere, soweit es der Sicherung einer ordnungsmäßigen Rechnungslegung dient, ohne jedoch eine detaillierte Systemanalyse vorzunehmen. Unter Berücksichtigung unserer Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Zweckverbands sowie der Ergebnisse der Risikoanalyse und der Prüfung des internen Kontrollsystems haben wir, soweit wir es für erforderlich hielten, Einzelfallprüfungen hinsichtlich der Bestandsnachweise, der Bewertung und des Ausweises im Jahresabschluss vorgenommen.

Bei unserer Prüfung haben wir schwerpunktmäßig den Ansatz und die Bewertung des Anlagevermögens, die Vollständigkeit und den Ausweis von Forderungen und Verbindlichkeiten, die Umsatzrealisation (Periodenabgrenzung) sowie die Vollständigkeit der Rückstellungen untersucht.

Saldenbestätigungen wurden von ausgewählten Kreditoren eingeholt. Die Bestände der Kundenforderungen wurden uns durch die Organisation der Erfassung, Buchung und Abwicklung hinreichend nachgewiesen. Außerdem wurden Bankbestätigungen von allen Kreditinstituten eingeholt. Darüber hinaus wurden Bestätigungen von Rechtsanwälten angefordert, mit denen die Gesellschaft erkennbar in Geschäftsbeziehung stand bzw. steht.

Die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sind mit den betreffenden Unternehmen abgestimmt. Der Bestand der sonstigen Vermögensgegenstände, der flüssigen Mittel, der Rechnungsabgrenzungsposten und der Verbindlichkeiten wurde uns anhand geeigneter Unterlagen nachgewiesen. Zur Begründung der Rückstellungen lagen uns Verträge, Berechnungen und sonstige Unterlagen vor.

Unsere Prüfungshandlungen erfolgten auf der Basis von ausgewählten Elementen, wobei die Elemente mittels bewusster Auswahl bestimmt wurden.

Die Prüfung des Anhangs umfasste die Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben.

Den Lagebericht haben wir daraufhin geprüft, ob er mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den gesetzlichen Vorschriften entspricht und insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt. Dabei haben wir auch geprüft, ob die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind.

Alle erbetenen Aufklärungen und Nachweise wurden uns bereitwillig gewährt.

In der üblichen Vollständigkeitserklärung hat uns der Vorstandsvorsteher bestätigt, dass in der Buchführung und im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten sowie alle erforderlichen Angaben gemacht worden sind.

In der Vollständigkeitserklärung wird auch versichert, dass der Lagebericht hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage der Gesellschaft wesentlichen Gesichtspunkte sowie die nach § 289 HGB erforderlichen Angaben enthält.

D. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG**I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung****1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen**

Das Rechnungswesen wird auf Grundlage eines Betriebsführungsvertrags von der MWA mit der Software CS/2 der Wilken Neutrasoft GmbH, Greven, geführt.

Der Kontenplan ist ausreichend gegliedert. Die Belege sind dem Kontierungshandbuch entsprechend ordnungsgemäß angewiesen, ausreichend erläutert und übersichtlich abgelegt. Die Erfassung und Verarbeitung des Buchungsstoffs erfolgen vollständig und zeitnah.

Die Gesellschaft verfügt über ein weitgehend formalisiertes, den Größenverhältnissen angemessenes internes Kontrollsystem. Anhaltspunkte, die gegen die Sicherheit der mittels EDV verarbeiteten Daten sprechen, haben sich im Rahmen unserer Prüfung nicht ergeben.

Die personelle Ausstattung und die Organisation des Rechnungswesens sind im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen unverändert.

Die Buchführung entspricht den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den ergänzenden Bestimmungen der Verbandssatzung. Darüber hinaus haben die uns vorgelegten und von uns geprüften weiteren Unterlagen zu keiner anderen Beurteilung geführt.

2. Jahresabschluss

Nach Bestimmungen der EigV hat der Zweckverband die Vorschriften für Kapitalgesellschaften gemäß §§ 264 ff. HGB anzuwenden.

Die Eröffnungsbilanzwerte sind ordnungsgemäß aus dem Vorjahresabschluss übernommen worden.

Für die Vermögensgegenstände und Schulden wurden die üblichen Bestandsnachweise erbracht.

Die Gliederung und Bewertung der Posten des Jahresabschlusses entsprechen den gesetzlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der EigV und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

Die angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung wurden zutreffend aus den ordnungsgemäß geführten Büchern der Gesellschaft entwickelt. Der Anhang enthält alle gesetzlich erforderlichen Angaben.

3. Lagebericht

Unsere Prüfung ergab, dass der Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss steht, den gesetzlichen Vorschriften entspricht und die sonstigen Angaben keine falsche Vorstellung von der Lage des Unternehmens erwecken. Der Lagebericht enthält die nach § 289 HGB erforderlichen Angaben und Erläuterungen. Die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung sind zutreffend dargestellt.

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Die von der Gesellschaft angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind im Anhang zutreffend angegeben.

Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ausweiswahlrechte wurden im Vergleich zum Vorjahr unverändert ausgeübt.

Der Jahresabschluss vermittelt insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft.

III. Analyse des Jahresabschlusses

1. Wirtschaftliche Grundlagen

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage des Zweckverbands im Vorjahresvergleich stellt sich anhand ausgewählter Kennzahlen wie folgt dar:

	2017	2016	2015
Vermögenslage			
Bilanzsumme	97.843	100.075	105.507
Langfristig gebundenes Vermögen	84.789	86.768	88.837
Kurzfristig gebundenes Vermögen	13.054	13.307	16.670
Eigenkapital	25.120	24.163	23.242
Langfristiges Fremdkapital	65.293	69.299	67.952
Kurzfristiges Fremdkapital	7.430	6.613	14.313
Ertragslage			
Umsatzerlöse	17.220	18.437	17.887
Betriebsergebnis	526	324	2.842
Finanzergebnis	-524	-649	-769
Neutrales Ergebnis	1.079	1.321	525
Jahresergebnis	957	921	2.353
Kennziffern			
Cashflow	8.501	7.871	12.301
Investitionen	-3.387	-3.220	-2.996
Eigenkapitalquote	26%	24%	22%

2. Ertragslage

In der folgenden Übersicht ist die Gewinn- und Verlustrechnung nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gegliedert und den entsprechenden Posten des Vorjahres gegenübergestellt.

	2017		2016		+/-
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Umsatzerlöse	17.220		18.436		-1.216
davon Erträge aus Kostendeckungsausgleich	635		509		126
Sonstige betriebliche Erträge	0		1		-1
Gesamtleistung	17.220	100	18.437	100	-1.217
Materialaufwand					
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	83	0	75	0	8
Aufwendungen für bezogene Leistungen	10.728	62	12.276	67	-1.548
	10.811	63	12.351	67	-1.540
Rohergebnis	6.409		6.086	33	323
Personalaufwand					
Löhne und Gehälter	34	0	34	0	0
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	7	0	6	0	1
Abschreibungen	5.365	31	5.290	29	75
Sonstige betriebliche Aufwendungen	473	3	428	2	45,00
Sonstige Steuern	4	0	4	0	0,00
Betriebliche Aufwendungen	5.883	34	5.762	31	121
Betriebsergebnis	526	3	324	2	202
Finanzergebnis	-524		-649		125
Neutrales Ergebnis	1.079		1.321		-242
Ergebnis vor Ertragssteuern	1.081		996		85
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	124		76		48
Jahresergebnis	957		920		37

Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Erlöse im Bereich Trinkwasser um TEUR 922 und im Bereich Schmutzwasser um TEUR 312 insbesondere aufgrund der Zuführung zur Überdeckungsrückstellung verringert.

Der Materialaufwand sank insbesondere aufgrund geringerer Aufwendungen für Instandhaltung im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 1.540.

3. Vermögens- und Kapitalstruktur

In der folgenden Übersicht haben wir die Bilanz nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gegliedert und den entsprechenden Posten des Vorjahres gegenübergestellt.

Vermögensstruktur

	31.12.2017		31.12.2016		+/-
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Immaterielle Vermögensgegenstände	100	0	92	0	8
Sachanlagen	84.175	86	86.162	86	-1.987
Finanzanlagen	514	1	514	1	0
Langfristig gebundenes Vermögen	84.789	87	86.768	87	-1.979
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.544	5	5.428	5	-884
Liquide Mittel	8.501	9	7.871	8	630
Rechnungsabgrenzungsposten	9	0	8	0	1
Kurzfristig gebundenes Vermögen	13.054	13	13.307	13	-253
	97.843	100	100.075	100	-2.232

Kapitalstruktur

	31.12.2017		31.12.2016		+/-
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Rücklagen	11.872	12	11.872	12	0
Gewinn	13.248	14	12.291	12	957
Eigenkapital	25.120	26	24.163	24	957
Erhaltene Investitionszuschüsse	16.795	17	17.179	17	-384
Baukostenzuschüsse/ Anschlussbeiträge	33.431	34	35.366	35	-1.935
Sonderposten für Zuschüsse	50.226	51	52.545	53	-2.319
Langfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	14.696	15	16.226	16	-1.530
Sonstige Verbindlichkeiten	371	0	528	1	-157
Langfristiges Fremdkapital	65.293	67	69.299	69	-4.006
Steuerrückstellungen	45	0	0	0	45
Sonstige Rückstellungen	2.985	3	1.991	2	994
Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.550	2	1.545	2	5
Kurzfristige Verbindlichkeiten	487	0	513	1	-26
Erhaltene Anzahlungen	2.363	2	2.564	3	-201
Kurzfristiges Fremdkapital	7.430	8	6.613	7	817
	97.843	100	100.075	100	-2.232

Die allgemeinen Rücklagen stehen in Zusammenhang mit den Einbringungen von Trinkwasser- und Schmutzwasseranlagen der Gemeinde Stahnsdorf (TEUR 4.302), Kleinmachnow (TEUR 1.780) und Güterfelde (TEUR 175) sowie der Anlagenübertragung der PWA Potsdamer Wasserversorgung und Abwasserbehandlung GmbH i. L. (TEUR 3.093) und nach deren Liquidation dem Anteil am Grundstücksverkauf und der letzten Ausschüttung (TEUR 2.368).

Das Jahresergebnis des Geschäftsjahres 2016 in Höhe von TEUR 920 wurde auf neue Rechnung vorgetragen.

4. Finanzlage

Aus der Vermögens- und Kapitalstruktur ergibt sich eine Unterdeckung des langfristig gebundenen Vermögens (TEUR 84.789) durch Eigenkapital (TEUR 25.120) und langfristig zur Verfügung stehendes Fremdkapital (TEUR 65.293) von TEUR 5.624.

Im kurzfristigen Bereich sind die kurzfristig fälligen Verbindlichkeiten in voller Höhe durch kurzfristig liquidierbares Vermögen gedeckt.

Auf die Darstellung einer Kapitalflussrechnung haben wir verzichtet, da der Zweckverband eine vergleichbare Aufstellung in seine Finanzrechnung aufgenommen hat.

E. FESTSTELLUNGEN AUS ERWEITERUNGEN DES PRÜFUNGSaufTRAGS

Wir haben bei unserer Prüfung auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Absatz 1 Nr. 1 und 2 HGrG und den hierzu vom Institut der Wirtschaftsprüfer veröffentlichten Prüfungsstandard "Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG" (IDW PS 720) beachtet.

Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften, den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und der Geschäftsanweisung für die Geschäftsführer geführt worden sind.

Die im Gesetz und in den Prüfungsgrundsätzen geforderten Angaben haben wir in der Anlage 9 zusammengestellt. Unsere Prüfung hat keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung Anlass zu Zweifeln an der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung geben könnten.

Ohne unsere Beurteilung einschränken zu wollen, weisen wir darauf hin dass der Zweckverband grundsätzlich die Voraussetzungen geschaffen hat, Entgelte zeitnah und vollständig in Rechnung zu stellen. Die Vereinbarung von Ratenzahlungsplänen folgt hierbei jedoch keinem standardisierten Vorgehen.

Darüber hinaus empfehlen wir, dass das Controlling des Betriebsführers künftig Informationen zur Verfügung stellen soll, die in Strukturiertheit und Standardisierung über dem derzeitigen Maß der Berichterstattung liegen.

F. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung haben sich Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und des Jahresabschlusses nicht ergeben. Nachfolgend geben wir den erteilten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk wieder:

"Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

An den Wasser- und Abwasser Zweckverband „Der Teltow“, Kleinmachnow

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht Wasser- und Abwasser Zweckverbands „Der Teltow“, Kleinmachnow, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2017 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Bestimmungen liegen in der Verantwortung des Verbandsvorstehers des Zweckverbands. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und § 106 BbgKVerf unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Zweckverbands sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbands. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbands und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar."

Berlin, den 10. Juli 2018

FIDES Treuhand GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Zweigniederlassung Berlin



(Hoppe)
Wirtschaftsprüfer

ppa.



(Singbartl)
Wirtschaftsprüfer

ANLAGEN

AKTIVA

	31.12.2017		31.12.2016
	EUR	EUR	TEUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten		99.948,00	91
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	53.948,93		54
2. Wassergewinnungs- und Bezugsanlagen			
Betriebseinrichtungen der Gewinnung	4.557.795,00		3.428
3. Verteilungsanlagen			
Leitungsnetz und Hausanschlüsse	18.901.818,00		19.704
Messeinrichtungen (einschließlich Lagerbestand)	67.006,00		56
	23.580.567,93		23.242
4. Abwassersammlungsanlagen			
Haupt- und Verbindungssammler	4.078.604,00		4.364
Pumpwerke	3.641.575,15		3.211
Sammler in Ortslage und Hauanschlüsse	52.467.279,00		53.772
Messeinrichtungen	3,00		0
	60.187.461,15		61.347
5. Betriebs- und Geschäftsausstattung	2,00		0
6. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	407.292,79		1.573
		84.175.323,87	86.162
III. Finanzanlagen			
Beteiligungen		513.729,04	514
		84.789.000,91	86.767
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.824.584,10		4.395
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00		301
3. Forderungen an die Mitgliedsgemeinden	416.103,28		394
4. Sonstige Vermögensgegenstände	303.547,53		339
		4.544.234,91	5.429
II. Schecks, Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten			
		8.500.794,45	7.871
		13.045.029,36	13.300
C. Rechnungsabgrenzungsposten			
		8.799,73	8
		97.842.830,00	100.075

PASSIVA

	31.12.2017		31.12.2016
	EUR	EUR	TEUR
A. Eigenkapital			
I. Rücklagen			
1. Allgemeine Rücklage	11.718.208,82		11.718
2. Andere Gewinnrücklagen	154.089,54		154
II. Gewinn			
Gewinn des Vorjahres	12.290.305,05	11.872.298,36	11.872
Jahresgewinn	957.322,90		920
		13.247.627,95	12.290
		25.119.926,31	24.162
B. Sonderposten für Zuschüsse			
1. Erhaltene Investitionszuschüsse	16.794.525,45		17.179
2. Beiträge/Baukostenzuschüsse	33.430.980,68		35.366
		50.225.506,13	52.545
C. Rückstellungen			
1. Steuerrückstellungen	44.762,59		0
2. Sonstige Rückstellungen	2.985.206,36		1.991
		3.029.968,95	1.991
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	16.245.803,15		17.772
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 1.550.316,55 (Vorjahr: T€ 1.545)			
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: € 14.695.486,60 (Vorjahr: T€ 16.226)			
2. Erhaltene Anzahlungen	2.363.256,88		2.564
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 2.363.256,88 (Vorjahr: T€ 2.564)			
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: € 0,00 (Vorjahr: T€ 0)			
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	181.398,77		429
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 181.398,77 (Vorjahr: T€ 429)			
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: € 0,00 (Vorjahr: T€ 0)			
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	250.149,09		0
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 250.149,09 (Vorjahr: T€ 0)			
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: € 0,00 (Vorjahr: T€ 0)			
5. Sonstige Verbindlichkeiten	426.820,72		612
davon			
mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 56.332,17 (Vorjahr: T€ 84)			
mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: € 370.488,55 (Vorjahr: T€ 528)			
aus Steuern € 0,00 (Vorjahr: T€ 0)			
		19.467.428,61	21.377
		97.842.830,00	100.075

Wasser- und Abwasserzweckverband "Der Teltow"
Kleinmachnow

Gewinn- und Verlustrechnung
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

	2017	2016
	<u>EUR</u>	<u>TEUR</u>
1. Umsatzerlöse	17.220.284,78	18.437
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.081.507,95	1.411
davon Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil € 1.035.171,15 (Vj. T€ 1.018)	18.301.792,73	19.848
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	82.629,02	75
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	10.727.929,26	12.276
	10.810.558,28	12.351
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	34.479,64	33
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	7.166,69	7
davon für Altersversorgung € 1.017,20 (Vj. T€ 1)	41.646,33	40
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	5.365.238,71	5.289
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	474.902,57	518
	16.692.345,89	18.198
	1.609.446,84	1.650
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	19.195,74	2
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	543.039,58	652
9. <u>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</u>	1.085.603,00	1.000
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	124.256,51	76
11. Sonstige Steuern	4.023,59	4
12. <u>Jahresgewinn</u>	957.322,90	920

**Wasser- und Abwasserzweckverband „Der Teltow“
14532 Kleinmachnow**

Anhang zum Jahresabschluss 31.12.2017

I. Grundsätzliche Angaben

Der Jahresabschluss zum 31.12.2017 des Wasser- und Abwasserzweckverbandes „Der Teltow“ ist gemäß der brandenburgischen Verordnung über die Eigenbetriebe der Gemeinden vom 26. März 2009 (EigV), in Verbindung mit den entsprechenden handelsrechtlichen Regelungen aufgestellt worden.

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung entspricht den Vorgaben der EigV. Dazu wurden ein Anlagennachweis, der die Entwicklung des Anlagevermögens zeigt, eine Finanzrechnung 2017 sowie eine Erfolgsübersicht erstellt. Gemäß §§21 bis 26 der Verordnung sind für die Aufstellungen und den Inhalt des Jahresabschlusses bestimmte Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches zu beachten.

Die nach den gesetzlichen Vorschriften bei den Posten der Bilanz oder der Gewinn- und Verlustrechnung anzubringenden Vermerke wurden - ebenso wie die wahlweise in der Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang zu machenden Vermerke - ausnahmslos im Anhang aufgeführt.

Die Vorjahreszahlen werden in Klammern angegeben.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Wertansätze der Bilanz des Wasser- und Abwasserzweckverbandes „Der Teltow“ zum 31.12.2017 wurden unverändert als Bilanzvorträge in neue Rechnung übernommen.

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung linearer Abschreibungen bewertet.

Die Sachanlagen werden auf der Grundlage der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet.

Gegenstände, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden entsprechend ihrer Nutzungsdauer planmäßig linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Bis zum Geschäftsjahr 2007 wurden auf die durch den Verband erstellten Leitungen und Hausanschlüsse der Wasserversorgung Abschreibungen unter Zugrundelegung der degressiven bzw. linearen Methode ermittelt. Ab 2008 wird ausnahmslos die lineare Abschreibungsmethode angewendet.

Geringwertige Anlagegüter mit einem Anschaffungs- bzw. Herstellungswert unter €150,00 werden in voller Höhe als Betriebsausgaben erfasst. Sie werden innerhalb der Gewinn- und Verlustrechnung unter der Position „Materialaufwand“ als Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe gezeigt. Geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten von €150,00 bis €1.000,00 werden in analoger Anwendung gemäß §6 Abs.2a Einkommenssteuergesetz in einen Sammelposten eingestellt, der im Jahr der Bildung und in den folgenden vier Geschäftsjahren gleichmäßig aufgelöst wird.

Im Geschäftsjahr 2003 wurden erhobene Baukostenzuschüsse in Höhe von T€591 vom Anlagevermögen Trinkwasser abgesetzt. Ab dem Geschäftsjahr 2004 werden die Baukostenzuschüsse wieder passiviert.

Die Finanzanlagen sind grundsätzlich mit den Anschaffungskosten bzw. bei nachhaltiger Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind mit ihrem Nennwert angesetzt. Uneinbringliche Forderungen werden abgeschrieben. Einzelwertberichtigungen wurden auf zweifelhafte Forderungen vorgenommen.

Zum Bilanzstichtag bestehen keine Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Die Guthaben bei Kreditinstituten sind zum Nennwert bewertet.

Das Eigenkapital ist zum Nennwert angesetzt.

Der Jahresgewinn des Jahres 2016 wurde in der Versammlungsversammlung vom 12.07.2017 festgestellt und dem Gewinnvortrag zugeführt.

Unter den Sonderposten für Zuschüsse werden unter den erhaltenen Investitionszuschüssen die erhaltenen Fördermittel und unentgeltlich auf den Verband von Investoren übertragene Anlagen ausgewiesen. Der Posten wird entsprechend der Nutzungsdauer der übernommenen Anlagen aufgelöst.

Als Beiträge/Baukostenzuschüsse werden die von Anschlussnehmern geleisteten Baukostenzuschüsse bzw. Anschlussbeiträge sowie die erstatteten Hausanschlusskosten erfasst.

Bei den Ertragszuschüssen in der Trinkwasserversorgung erfolgt für die Baukostenzuschüsse vor 2003 eine Auflösung in Höhe von 5% der Ursprungsbeträge. Ab 2004 werden diese entsprechend der Nutzungsdauer der Trinkwasseranlagen aufgelöst. Ausschließlich die im Jahr 2003 erhobenen Baukostenzuschüsse wurden, entsprechend der in 2003 geltenden Rechtslage, von den Anschaffungs- und Herstellungskosten des Rohrnetzes und der Hausanschlüsse einschließlich der entsprechenden Anlagen im Bau abgesetzt.

Im Schmutzwasserbereich wurden die empfangenen Beiträge bis 2000 gemäß Verordnung über Eigenbetriebe der Gemeinden passiviert und mit 5% p.a. aufgelöst. Ab dem Jahr 2001 werden die Auflösungen unter Zugrundelegung der Nutzungsdauer der Schmutzwasseranlagen über 35 Jahre ermittelt.

Erkennbare Risiken sowie ungewisse Verpflichtungen wird durch die Bildung von sonstigen Rückstellungen Rechnung getragen. Die Rückstellungen wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsrückstands angesetzt. Soweit die in den sonstigen Rückstellungen enthaltenen Beträge eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr haben, sind diese unter Berücksichtigung zu erwartender Kosten- und Preissteigerungen bewertet.

Die Bewertung der Verbindlichkeiten erfolgt mit dem Erfüllungsbetrag. Die Restlaufzeiten sind in der Erläuterung zur Bilanz ausgewiesen.

III. Erläuterungen zur Bilanz

Aktivseite

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist dem beigegeführten Anlage-
spiegel zu entnehmen. Die Abschreibungen des laufenden Geschäftsjahres ergeben sich aus
dem Anlagespiegel.

Geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten bis zu €150,00 wurden im Berichtsjahr
im Materialaufwand unter der Position Werkzeuge für den Betrieb in Höhe von T€77 (T€70)
gezeigt. Geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten von €150,00 bis €1.000,00, die
in einen Sammelposten einzustellen waren, bestehen im Berichtsjahr in Höhe von T€15
(T€2).

Die Finanzanlagen beinhalten die Beteiligung von 50% an der MWA Mittelmärkische Was-
ser- und Abwasser GmbH, Kleinmachnow, in Höhe von T€299 (T€299) sowie von 3,42% an
der PWU Potsdamer Wasser- und Umweltlabor GmbH, Potsdam, über T€215 (T€215).

Die PWU Potsdamer Wasser- und Umweltlabor GmbH, Potsdam, entstand 2016 durch An-
wachsung der PWU Potsdamer Wasser- und Umweltlabor GmbH & Co KG, Potsdam, an die
HWG Havelländische Wasser GmbH, Potsdam, welche 1993 gegründet wurde und seit 2010
unter dem Namen HWG Havelländische Wasser GmbH, Potsdam, firmierte.

	MWA GmbH (Jahresabschluss 2017) T€	PWU GmbH (Jahresabschluss 2016) T€
Jahresergebnis	126 (T€188)	201 (T€-27)
Eigenkapital	2.859 (T€2.670)	6.607 (T€6.634)

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten u. a. T€2.991 (T€3.026) aus der
Verbrauchsabrechnung sowie T€1.400 (T€1.979) aus Anschlussbeiträgen für Einzelan-
schlüsse und Baukostenzuschüssen. Bei den Forderungen wurden teilweise Stundungen bzw.
Ratenzahlungen vereinbart. Forderungen sind in Höhe von T€566 (T€610) einzelwertberich-
tigt.

Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, bestehen zum
Bilanzstichtag nicht (T€301). Per Saldo ergibt sich eine Verbindlichkeit aus der Abrechnung
der Betriebsführung gegenüber der MWA GmbH.

Forderungen an die Mitgliedsgemeinden bestehen gegen:

	T€	
Gemeinde Stahnsdorf	233	(T€200)
Gemeinde Teltow	143	(T€151)
<u>Gemeinde Kleinmachnow</u>	<u>40</u>	<u>(T€43)</u>
Insgesamt	416	(T€394)

Die Forderungen gegen Mitgliedsgemeinden resultieren im Wesentlichen aus Anschlussbeiträgen und Baukostenzuschüssen zur schmutz- und trinkwassertechnischen Erschließung von Gemeindegrundstücken. Ein weiterer Posten resultiert aus Aufleitmengen auf die Kläranlage in Stahnsdorf.

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten neben Forderungen aus Körperschaftssteuer T€125 (T€125) und aus Umsatzsteuer T€149 (T€189), ein Verrechnungskonto für die sonstigen Forderungen Verbrauchsabrechnung T€26 (T€24). Neu hinzugekommen sind Forderungen gegen Sozialversicherungen und Krankenkassen mit T€3 (T€0). Diese ergeben sich aus noch nicht erstatteten Zahlungen der Krankenkasse für Mutterschaftsleistungen.

Passivseite

Die Rücklagen beinhalten die allgemeinen Rücklagen in Höhe von T€11.718 (T€11.718) aus Einbringungsverträgen und andere Gewinnrücklagen von T€154 (T€154), die im Zuge des BilMoG ergebnisneutral eingestellt wurden.

Der Gewinnvortrag wurde um das Jahresergebnis 2016 in Höhe von T€920 erhöht.

Unter dem Sonderposten für Zuschüsse werden unter den erhaltenen Investitionszuschüssen die von Investoren übernommenen Anlagen der Trinkwasserver- und Schmutzwasserentsorgung in Höhe von T€11.014 (T€11.278) und die vom Land Brandenburg gewährten Fördermittel über T€5.780 (T€5.900) ausgewiesen.

Erhaltene Beiträge der Schmutzwasserentsorgung wurden in Höhe von T€1.554 (T€1.584) und Baukostenzuschüsse der Trinkwasserversorgung in Höhe von T€665 (T€765) aufgelöst. Zugänge für geleistete Beiträge und Baukostenzuschüsse wurden für die Schmutzwasserbeseitigung in Höhe von T€269 (T€209) und für Trinkwasserversorgung T€494 (T€692) passiviert.

Steuerrückstellungen wurden in Höhe von T€45 (T€0) gebildet und betreffen die Körperschaftsteuer einschließlich des Solidaritätszuschlages.

Die sonstigen Rückstellungen in Höhe von T€2.985 (T€1.991) enthalten Beiträge für das Wassernutzungsentgelt für die Jahre 2016 und 2017 über T€551 (T€584) sowie Ausgleichszahlungen gemäß § 9 GBBerG von T€694 (T€694). Des Weiteren werden Rückstellungen für den Gebührenausschlag von T€1.317 (T€306), für Prozesskostenrisiken T€133 (T€116), Prüfungskosten T€12 (T€10) und ausstehende Rechnungen T€277 (T€281) passiviert.

Die Verbindlichkeiten haben folgende Restlaufzeiten:

C. Verbindlichkeiten	31.12.2017 T€ (VJ T€)	Restlaufzeit			ggü. Gesell- schaftern	Sicher- heiten	Art der Sicher- heiten
		bis 1 Jahr T€ (VJ T€)	über 1 Jahr T€ (VJ T€)	davon über 5 Jahre T€ (VJ T€)			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	16.246 (17.771)	1.550 (1.545)	14.696 (16.226)	9.010	-		
2. Erhaltene Anzahlungen	2.363 (2.564)	2.363 (2.564)	-	-	-		
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	181 (429)	181 (429)	-	-	-		
4. Verbindlichkeiten ggü. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	250 (-)	250 (-)	-	-	-		
5. Sonstige Verbindlichkeiten	427 (612)	56 (84)	371 (528)	318	-		
Gesamt	19.467 (21.376)	4.400 (4.622)	15.067 (16.754)	9.328	-		

Im Berichtsjahr wurden Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von T€1.533 (T€1.523) getilgt. Einzelheiten sind in der Übersicht „Entwicklung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ dargestellt.

Bei den erhaltenen Anzahlungen T€2.363 (T€2.564) handelt es sich um Abschlagszahlungen der Anschlussnehmer (für den Zeitraum Oktober bis Dezember 2017), die im Rahmen der Jahresverbrauchsabrechnung im Folgejahr verrechnet werden.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von T€181 (T€429) sind mit geschäftsüblichen Eigentumsvorbehalten besichert.

Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, resultieren aus der Abrechnung der Betriebsführung gegen die MWA GmbH und belaufen sich per Saldo auf T€250 (T€0).

Von den sonstigen Verbindlichkeiten entfallen T€318 (T€318) auf Erschließungsverträge sowie T€77 (T€84) auf Sicherheitseinbehalte. Des Weiteren ist unter den sonstigen Verbindlichkeiten eine Kostenübernahmevereinbarung in Höhe von T€31 (T€210) für die Umverlegung einer Trinkwasserleitung sowie die Neuverlegung von Grundstücksanschlüssen in der Ruhlsdorfer Straße in Teltow enthalten. Die Restzahlung von T€31 wird im 1.Quartal 2018 vorgenommen.

IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse in Höhe von T€17.220 (T€18.437) werden im Wesentlichen durch Gebühren für die Entsorgung von Schmutzwasser und Entgelte für die Versorgung mit Trinkwasser im Verbandsgebiet erzielt.

Von den Umsatzerlösen betreffen die:

	2017 T€	2016 T€
Trinkwasserversorgung	7.089	7.208
Schmutzwasserentsorgung	11.068	10.683
Erträge aus Verbrauch Rst Gebührenüberdeckung	635	509
Zuführung Rst Gebührenüberdeckung	-1.647	0
Miet- und Pachteinnahmen	10	10
Erstattung Mahnkosten	6	7
Andere Erträge	59	20
Insgesamt	17.220	18.437

Außerordentliche Erträge sind im Berichtsjahr nicht angefallen.

Von den sonstigen betrieblichen Erträgen T€1.082 (T€1.412) entfallen u.a. T€682 (T€681) auf die Auflösung des Sonderpostens für von Investoren übernommenes Anlagevermögen und T€353 (T€337) auf die Auflösung des Sonderpostens von Fördermitteln. Aufgrund der Anpassung der Pauschalwertberichtigung entstanden im Berichtsjahr Erträge aus der Rücknahme von Wertberichtigungen in Höhe von T€44 (T€128).

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe betreffen im Wesentlichen Geringwertige Anlagegüter mit einem Anschaffungs- bzw. Herstellungswert unter €150,00. Im Berichtsjahr fallen hierfür T€77 (T€70) an.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen beinhalten Aufwendungen für die Betriebsführung Trinkwasserversorgung T€2.441 (T€2.366) und Schmutzwasserentsorgung T€2.429 (T€2.475). Des Weiteren werden Abwassereinleitungsgebühren für die Kläranlage der Berliner Wasserbetriebe AöR in Stahnsdorf in Höhe von T€3.377 (T€3.187), Aufwendungen für Fäkaltransport T€275 (T€221) sowie Fremdleistungen für Instandhaltung der Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen in Höhe von T€2.165 (T€3.980) ausgewiesen. Neu seit 2016 sind die Laborleistungen mit T€40 (T€46).

Der Personalaufwand beinhaltet Aufwendungen in Höhe von T€42 (T€40) für zwei halbe Stellen. Die zweite Mitarbeiterin wurde zum 17.07.2017 im Zweckverband als Elternzeitvertretung eingestellt. Die Mitarbeiterinnen sind im Wasser- und Abwasserzweckverband „Der Teltow“ und im Wasser- und Abwasserzweckverband „Mittelgraben“ zu je 50% angestellt.

Von den Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen entfallen auf die:

	2017 T€	2016 T€
Trinkwasserversorgung	1.901	1.856
Schmutzwasserentsorgung	3.464	3.433
Insgesamt	5.365	5.289

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von T€475 (T€518) betreffen im Wesentlichen die Aufwendungen für Wassernutzungsentgelt T€257 (T€294), Versicherungsprämien T€19 (T€14), Rechts- und Beratungskosten T€51 (T€50), Kosten für Wirtschaftsprüfung T€8 (T€8), Steuerberatung T€1 (T€1) und Gerichtskosten T€22 (T€19). In den anderen Dienst- und Fremdleistungen wird die Gebührenkalkulation mit T€16 (T€0) ausgewiesen. Durch die Stornierungen von Ertragszuschüssen aus Vorjahren, ergibt sich ein Verlust von T€68 (T€0). Im Berichtsjahr sind Kosten in Höhe von T€16 (T€12) für den Geldverkehr entstanden.

In den sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge werden Erträge aus Säumniszuschlägen T€19 (T€3) und Erträge aus Ratenzahlungen T€1 (T€1) ausgewiesen.

Unter den Zinsen und ähnliche Aufwendungen werden die Zinsen für die Darlehen dargestellt T€543 (T€647) sowie Aufwendungen für Verzugszinsen T€0 (T€4).

V. Sonstige Angaben

Verbandsvorsteher für das Geschäftsjahr 2017 war Herr Michael Grubert, Bürgermeister der Gemeinde Kleinmachnow. Insgesamt wurden an den Verbandsvorsteher, die Verbandsversammlung und den Verbandsvorstand im Berichtsjahr Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder in Höhe von T€11 (T€11) gezahlt.

Der Verbandsvorstand ist in 2017 zu sieben ordentlichen Sitzungen zusammengetreten.

Dem Verbandsvorstand gehörten in 2017 an:

Herr Michael Grubert	Jurist
Herr Ronny Berezki	Student
Herr Karsten Jänicke	Dipl. Betriebswirt (FH)
Herr Dr. Bernd-Alois Tenhagen	Beamter, Wissenschaftlicher Oberrat
Herr Norbert Gutheins (ab 12.07.2017)	privater Immobilienverwalter

Der Verbandsversammlung gehören 18 von den Gemeindevertretungen gewählte Mitglieder an. Die Verbandsversammlung ist in 2017 zu sechs ordentlichen Sitzungen zusammengetreten.

Der Jahresüberschuss in Höhe von T€ 957 soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Als Honorar für den Abschlussprüfer sind im Geschäftsjahr T€ 8 enthalten.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen bestehen nur in einem unwesentlichen Umfang.

Kleinmachnow, 29. Juni 2018

Wasser- und Abwasserzweckverband
„Der Teltow“
Der Verbandsvorsteher



Michael Grubert

<u>Insgesamt</u>	Anschaffungs-/Herstellungskosten					Jahres-Afa				Buchwert	Buchwert	Durchschnitt	
	01.01.2017	Zugang €	Umbuchung €	Abgang €	31.12.2017 €	01.01.2017 €	Zugang €	Abgang €	31.12.2017 €	31.12.2017 €	31.12.2016 €	Afa %	Rbw %
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.664.323,14	53.486,45	-	-	1.717.809,59	1.572.772,14	45.089,45	-	1.617.861,59	99.948,00	91.551,00	2,62	5,82
II. Sachanlagen													
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	53.948,93	-	-	-	53.948,93	-	-	-	-	53.948,93	53.948,93	-	100,00
2. Wassergewinnungs- und Bezugs- anlagen, Betriebseinrichtungen der Gewinnung	8.926.694,37	132.096,68	1.298.569,38	-	10.357.360,43	5.498.330,37	301.235,06	-	5.799.565,43	4.557.795,00	3.428.364,00	2,91	44,01
3. Verteilungsanlagen													
Leitungsnetz und Hausanschlüsse	44.715.032,97	748.859,35	-	-	45.463.892,32	25.010.619,97	1.551.454,35	-	26.562.074,32	18.901.818,00	19.704.413,00	3,41	41,58
Messeinrichtungen	691.849,19	33.621,80	-	41.786,39	683.684,60	635.629,19	22.835,80	41.786,39	616.678,60	67.006,00	56.220,00	3,34	9,80
4. Abwassersammlungsanlagen													
Haupt- und Verbindungssammler	11.047.096,82	-	-	-	11.047.096,82	6.683.234,82	285.258,00	-	6.968.492,82	4.078.604,00	4.363.862,00	2,58	36,92
Pumpwerke	6.687.188,40	363.504,03	253.300,26	-	7.303.992,69	3.476.557,25	185.860,29	-	3.662.417,54	3.641.575,15	3.210.631,15	2,54	49,86
Sammler in Ortslage und Hausanschlüsse	104.348.003,98	1.668.653,76	-	-	106.016.657,74	50.575.872,98	2.973.505,76	-	53.549.378,74	52.467.279,00	53.772.131,00	2,80	49,49
Messeinrichtungen	3.075,69	-	-	-	3.075,69	3.072,69	-	-	3.072,69	3,00	3,00	-	0,10
5. Betriebs- und Geschäftsausstattung	36.926,66	-	-	-	36.926,66	36.924,66	-	-	36.924,66	2,00	2,00	-	0,01
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.572.554,36	386.608,07	-	1.551.869,64	407.292,79	-	-	-	-	407.292,79	1.572.554,36	-	100,00
Summe Sachanlagen	178.082.371,37	3.333.343,69	-	41.786,39	181.373.928,67	91.920.241,93	5.320.149,26	41.786,39	97.198.604,80	84.175.323,87	86.162.129,44	17,59	431,75
III. Finanzanlagen	578.361,52	-	-	-	578.361,52	64.632,48	-	-	64.632,48	513.729,04	513.729,04	-	88,82
Anlagevermögen insgesamt	180.325.056,03	3.386.830,14	-	41.786,39	183.670.099,78	93.557.646,55	5.365.238,71	41.786,39	98.881.098,87	84.789.000,91	86.767.409,48	2,92	46,16

Finanzrechnung für das Jahr 2017 WAZV "Der Teltow"

Positionen		2016	2017
		Ergebnis des Vorjahres	Ansatz des lfd. Jahres
		1	2
		EUR	EUR
(1)	± Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	920.429	957.323
(2)	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	5.289.633	5.365.239
(3)	± Abschreibungen/Zuschreibungen auf Sonderposten/BKZ/ASB zum Anlagevermögen	-3.143.434	-3.187.026
(4)	± Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	-7.474.021	1.038.634
(5)	± Gewinn / Verlust aus dem Abgang des Anlagevermögens	0	0
(6)	± sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	0	0
(7)	± Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungs-tätigkeit zuzuordnen sind (inkl. RAP)	6.161.265	883.669
(8)	± Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungs-tätigkeit zuzuordnen sind	-14.772	-383.472
(9)	± Ein- und Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
(10)	= Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	1.739.100	4.674.366
(11)	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0
(12)	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0	0
(13)	+ Einzahlungen aus Abgängen immaterieller Vermögensgegenstände	0	0
(14)	+ Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	0	0
(15)	+ sonstige Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0
(16)	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0
(17)	- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	3.167.569	3.333.344
(18)	- Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände	52.679	53.486
(19)	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0
(20)	- sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0
(21)	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	3.220.248	3.386.830
(22)	= Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit (16-21)	-3.220.248	-3.386.830
(23)	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen	1.000.000	0
(24)	+ Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0	0
(25)	+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0	0
(26)	+ Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	459.179	653.041
(27)	+ Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen	901.623	763.298
(28)	= Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	2.360.802	1.416.339
(29)	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten für Investitionen	1.522.797	1.524.620
(30)	- Sonstige Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit (Zinsabgrenzung)	15.670	986
(31)	- Auszahlungen an die Gemeinde	0	0
(32)	- Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen	0	1.996
(33)	- Auszahlungen aus der Rückzahlung von passivierten Ertragszuschüssen	3.771.767	546.695
(34)	= Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	5.310.234	2.074.298
(35)	= Mittelzufluss/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit (28-34)	-2.949.432	-657.958
(36)	+ Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0	0
(37)	- Auszahlungen an Liquiditätsreserven	0	0
(38)	= Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (36 - 37)	0	0
(39)	= Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes (Summe aus Ziffer 10+22+35+38)	-4.430.580	629.577
(40)	+ Finanzmittelbestand bzw. voraussichtlicher Bestand an eigenen Zahlungsmitteln am Anfang der Periode (ohne Liquiditätskredite und Kontokorrent-verbindlichkeiten)	12.301.798	7.871.217
(41)	= voraussichtlicher Finanzmittelbestand am Ende der Periode (40 - 39)	7.871.218	8.500.794

Lagebericht des WAZV „Der Teltow“ für das Wirtschaftsjahr 2017

1. Grundlagen und Geschäftsmodell des Verbandes

Im Jahr 1992 wurde der Wasser- und Abwasserzweckverband „Der Teltow“ gegründet. Die Pflicht der öffentlichen Trinkwasserversorgung und der Schmutzwasserentsorgung wurde von den Mitgliedsgemeinden vollständig auf den Zweckverband übertragen. Dieser versorgte 2017 ca. 64.000 Einwohner der Gemeinden Kleinmachnow, Stahnsdorf mit seinen Ortsteilen Güterfelde, Schenkenhorst, Sputendorf, Nuthetal mit dem Ortsteil Nudow und die Stadt Teltow mit dem Ortsteil Ruhlsdorf mit rund 3,05 Mio. m³ Trinkwasser und entsorgte 2,76 Mio. m³ Abwasser.

Die technische und kaufmännische Betriebsführung hat der Zweckverband vollständig an den Betriebsführer übertragen. Die Mittelmärkische Wasser- und Abwasser GmbH erbringt auf Grundlage eines abgeschlossenen Betriebsführungsvertrages diese Leistungen für den Verband. Der Wasser- und Abwasserzweckverband „Der Teltow“ ist zu 50 % an der Mittelmärkischen Wasser- und Abwasser GmbH beteiligt gemeinsam mit dem WAZV „Mittelgraben“.

2. Wirtschaftsbericht

a. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Dem Zweckverband wurden durch die Mitgliedsgemeinden die hoheitlichen Aufgaben der Abwasserentsorgung sowie die Aufgaben der Trinkwasserversorgung übertragen. Insofern befindet sich der Verband nicht im Wettbewerb.

Zum Bilanzstichtag 31.12.2017 wohnten im Verbandsgebiet 64.029 Einwohner (Vorjahr 63.930). Davon versorgte der Verband 63.699 Einwohner mit Trinkwasser. Das entspricht 17.384 Kunden. Für 62.649 Einwohner, das sind 17.003 Kunden im Verbandsgebiet, übernahm der WAZV die Schmutzwasserentsorgung. Hinzu kommen 947 Einwohner / 369 Kunden die nicht an das zentrale Entwässerungssystem angeschlossen sind und deren Abwässer dezentral entsorgt werden.

Die wirtschaftlichen Vorgaben des Verbandes ergeben sich aus dem durch die Verbandsversammlung beschlossenen Wirtschaftsplan.

Zum 01. Oktober 2017 hat der Verband nach Vorgabe und auf Grundlage der Regelungen des Kommunalabgabengesetzes Brandenburg (KAG Bbg.) seine Preis- und Gebührenkalkulationen erstellt.

Der Mengenpreis je Kubikmeter Trinkwasser blieb mit 1,54 € netto unverändert. Der jährliche Grundpreis für Trinkwasser staffelt sich unverändert zum Vorjahr nach Anschlussgrößen und liegt bei 65,- €/p.a. oder 163,- €/p.a. netto.

Der Mengenpreis für Abwasser erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr auf 2,83 €/m³ (vorher 2,74 €/m³), die Grundgebühr von 92,- €/p.a. bleibt stabil.

b. Geschäftsverlauf

Die zum 30.09.2017 für den vergangenen Abrechnungszeitraum 01.10.2016 – 30.09.2017 abgerechneten Mengen für Trinkwasser und Schmutzwasser entwickelten sich witterungsbedingt gegensätzlich.

Abgerechnete Mengen	Trinkwasser m³	Abwasser m³
Abrechnung 2016	3.164.445	2.683.874
Abrechnung 2017	3.162.856	2.812.157
Senkung/Erhöhung	(-) 1.589	(+) 128.283

Im regenreichen und sonnenarmen Jahr 2017 blieb die Abnahme von Trinkwasser saldiert betrachtet nahezu auf Vorjahresniveau. Im Einzelnen erfolgte eine leichte Erhöhung des Trinkwasserverbrauchs in den Haushalten und Gewerben, welcher jedoch aufgrund des stark gesunkenen Gartenwasserverbrauchs (Absetzmengenzähler) überkompensiert wurde. Die Mengenberechnung der Schmutzwasserabrechnungen basiert auf den Werten des gemessenen Trinkwasserverbrauchs an den Verbrauchsstellen nach Abzug der Absetzmengenzähler (Gartenwasser). Die Menge des abgerechneten Schmutzwassers erhöhte sich aufgrund des Mehrverbrauchs um 4,8 %.

Aufgrund der vom Geschäftsjahr abweichenden Abrechnungsperiode liegen der Erfolgsrechnung 2017 und der Kundenabrechnung 2017 (Okt 16 – Sept 17) notwendigerweise abweichende Mengen zugrunde. Die Differenz ergibt sich regelmäßig aus den Verbrauchsmengen des letzten Quartals des Geschäftsjahrs zum Vorjahr, wie beispielhaft am Trinkwasser dargestellt.

Mengen Trinkwasser	2016 m³	2017 m³	
01.10.16 - 31.12.16	625.597	-	-
01.01.17 - 30.09.17	-	2.537.259	-
01.10.17 - 31.12.17	-	-	510.245
Abrechnung in 2017		3.162.856	
Umsatz für 2017			3.047.504

Den Umsatzerlösen aus der Lieferung von Trinkwasser und der Entsorgung von Abwasser stehen im Geschäftsjahr 2017 die folgenden Mengengerüste korrespondierend gegenüber (2016 als Vergleichswert):

Trinkwasser	2017 m³	2016 m³
Trinkwasserproduktion inkl. Fremdbezug	3.146.919	3.354.204
Verbrauchsmenge Kunden	3.047.504	3.168.919
Eigenverbrauch	64.879	63.062
Wasserverluste	33.554	122.223
Wasserverluste in %	1,07 %	3,64 %

Schmutzwasser	2017 m³	2016 m³
Am Pumpwerk gemessene Mengen	2.766.166	2.696.286
Abrechnungsmengen SW	2.763.845	2.694.349
Differenzen	2.321	1.937

Die kontinuierliche Modernisierung des Leitungssystems führte wie im Vorjahr zu einer weiteren Reduzierung der Wasserverluste. Wasserverluste entstehen u.a. aus Rohrbrüchen, unautorisierten Fremdentnahmen oder Messdifferenzen. Die Reduzierung dieser Mengen trägt auch zur Preisstabilität im Bereich Trinkwasser bei.

Die maßgeblichen Mengen im Abwasser sind die Abrechnungsmengen inklusive Fäkaleinleitung, für die auch Gebühren erhoben wurden. Die Mehrmengen im Abwasser korrespondieren mittelbar mit den gestiegenen Trinkwassermengen.

c. Vermögens-Finanz- Ertrags-Lage: Darstellung, Analyse, Beurteilung

i. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2017 hat der WAZV „Der Teltow“ einen Jahresüberschuss von 957 T€ erwirtschaftet. Das Vorsteuerergebnis beläuft sich auf 1.086 T€ und verteilt sich auf die Bereiche Trinkwasser (558 T€) und Schmutzwasser (528 T€).

Im Berichtsjahr wurden die folgenden Umsatzerlöse erzielt:

Trinkwasser	2017 EUR	2016 EUR	Veränderung EUR
Wasserabgabe inkl. Verbr.abgr.	5.288.570	6.210.425	-921.855
Nebengeschäfte	239.814	232.337	7.477
Auflösung Baukostenzuschüsse	665.016	765.029	-100.013
Sonstige Umsätze	389.792	347.254	42.538
Gesamt	6.583.192	7.555.045	-971.853

Schmutzwasser	2017 EUR	2016 EUR	Veränderung EUR
Schmutzwasserbeseitigung	8.689.503	9.001.133	-311.630
Fremdeinleiter	22.665	26.458	-3.793
Nebengeschäfte	50.256	71.226	-20.970
Auflösung Anschlussbeiträge	1.554.443	1.584.012	-29.569
Sonstige Umsätze	320.226	198.925	121.301
Gesamt	10.637.093	10.881.754	-244.661

Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Umsätze im Trinkwasserbereich um 922 T€ und im Schmutzwasserbereich um 312 T€ reduziert. Der Grund liegt in den Zuführungen zur Überdeckungsrückstellung. Der Materialaufwand sinkt gegenüber dem Vorjahr um 1.540 T€, im Wesentlichen aufgrund reduzierter Kosten aus Fremdleistungen für Instandhaltung gegenüber 2016.

ii. Finanzlage

Im Geschäftsjahr wurden 3.387 T€ investiert. Davon wurden 1.326 T€ im Trinkwasserbereich für Wassergewinnungsanlagen (132 T€), Leitungsnetz und Hausanschlüsse investiert, weitere Anlagen befinden sich noch im Bau (373 T€). Im Schmutzwasserbereich betreffen die Investitionen im wesentlichen Sammelanlagen und Hausanschlüsse (1.669 T€) sowie Pumpwerke (364 T€).

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 884 T€ reduziert, im wesentlichen durch geringere Forderungen aus Anschlussbeiträgen und Baukostenzuschüssen (-557 T€) sowie Forderungen gegenüber dem Betriebsführer (-301 T€)

Im Folgenden die Kapitalflussrechnung:

	2017 TEUR	2016 TEUR
Cash Flow laufender Geschäftstätigkeit	4.674	1.739
Cash Flow aus Investitionstätigkeit	-3.387	-3.220
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	-658	-2.949
Veränderungen der liquiden Mittel	630	-4.431
+ Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	7.871	12.302
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	8.501	7.871

Der Bestand an liquiden Mitteln hat sich um 630 T€ erhöht. Der Verband war im Berichtsjahr 2017 jederzeit in der Lage, seine finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen. Der hohe Liquiditätsstatus ist vor dem Hintergrund möglicher Gerichtsentscheidungen zu Beitragsrückzahlungen und bestehender Überdeckungen aus Vorjahren zu relativieren.

iii. Vermögenslage

Das Eigenkapital setzt sich aus der allgemeinen Rücklage (11.718 T€) der Gewinnrücklage (154 T€), dem Gewinnvortrag (12.290 T€) und dem Jahresergebnis 2017 (957 T€) zusammen. Dem wirtschaftlichen Eigenkapital sind weiterhin Sonderposten (16.795 T€) sowie Beiträge und Baukostenzuschüsse (33.431 T€) zuzurechnen.

Die Rücklagen bilden unverändert die Einbringungen von Trinkwasser- und Schmutzwasseranlagen der Gemeinde Stahnsdorf (4.302 T€), Kleinmachnow (1.780 T€) und Güterfelde (175 T€) sowie der Anlagenübertragung der PWA Potsdamer Wasserversorgung und Abwasserbehandlung GmbH i.L. (3.093 T€) und nach deren Liquidation dem Anteil am Grundstücksverkauf und der letzten Ausschüttung (2.368 T€).

Das Jahresergebnis 2016 wurde mit Beschluss der Verbandsversammlung am 12. Juli 2017 dem Gewinnvortrag zugeführt. Auch das Jahresergebnis 2017 soll auf Vorschlag des Verbandsvorstehers auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Im Berichtszeitraum wurden Beiträge und Baukostenzuschüsse von Anschlussnehmern in Höhe von 763 T€ beschieden. Die Auflösungsbeträge beliefen sich auf 2.219 T€.

Das langfristige Fremdkapital des Zweckverbandes setzt sich aus Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 14.696 T€ sowie Verbindlichkeiten gegenüber Investoren in Höhe 318 T€ durch Vorauszahlungen aus Erschließungsverträgen und 31 T€ aus Kostenübernahmevereinbarungen zusammen.

Das kurzfristige Fremdkapital bildet sich aus den Tilgungen der Darlehen im Folgejahr (1.550 T€), Rückstellungen (2.985 T€), erhaltenen Anzahlungen (2.363 T€), den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (181 T€) und sonstigen Verbindlichkeiten (56 T€).

d. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Kennzahlen	2017	(2016)
Eigenkapitalquote (Eigenkapital/Bilanzsumme):	25,7 %	(24,1 %)
Wirtschaftliches Eigenkapital (Eigenkapital + Sonderposten + Ertragszuschüsse):	77,0 %	(76,6 %)
Eigenkapitalrentabilität (Jahresergebnis/Eigenkapital):	3,8 %	(3,8 %)

e. Gesamtaussage

Im Geschäftsjahr 2017 ist die Ertragslage des Zweckverbandes weiterhin positiv. Das Ergebnis gewöhnlicher Geschäftstätigkeit liegt auf dem Niveau des Vorjahres. Die wirtschaftlichen Kennzahlen sind stabil bzw. gegenüber dem Vorjahr leicht verbessert.

Die Finanzlage ist positiv. Dem Werteverzehr des Anlagevermögens auf Grund von unter dem Abschreibungsvolumen liegenden Investitionen sollte durch verstärkte Investitionstätigkeit entgegen gewirkt werden, um die Substanz des Zweckverbandes zu erhalten.

3. Nachtragsbericht

Es liegen keine berichtspflichtigen Ereignisse vor.

4. Prognosebericht

Dem Alter der Anlagen entsprechend, vor allem im stärker belasteten Abwasserbereich, kommen zunehmend Sanierungs- und Erneuerungsaufgaben auf den Verband zu. Ein hinreichendes Maß an Sicherheit in der Ver- und Entsorgung sowie im Gewässerschutz ist derzeit gewährleistet.

Neben kleineren Neubaugebieten, die eine Erweiterung des Netzes erfordern, und der Erneuerung des Rohrnetzes im Zuge von Straßenbaumaßnahmen liegt der Schwerpunkt weiterhin auf der Wartung und dem Erhalt der bestehenden Anlagen sowie den Anschluss von neu bebauten Grundstücken an die Ver- und Entsorgungsnetze.

Wesentliche Investitionsmaßnahmen im Trinkwasserbereich sind die Optimierung und Erhöhung der Spitzenförderung sowie die Bohrung eines Ersatzbrunnens im Wasserwerk Kleinmachnow.

Im Schmutzwasserbereich sind insbesondere Maßnahmen in diversen Pumpwerken notwendig. Diese werden in den kommenden Jahren sukzessive saniert und insbesondere hinsichtlich der Steuerungstechnik erneuert.

Das für 2017 prognostizierte Ergebnis wurde um 666 T€ übertroffen, im wesentlichen aufgrund geringerer Aufwendungen für bezogene Leistungen und Materialaufwand.

Für 2018 wird ein Jahresergebnis von 770 T€ erwartet. Im Vergleich zum Wirtschaftsjahr 2017 werden steigende Umsätze erwartet bei nahezu gleichbleibenden Aufwendungen für die Sanierungstätigkeit.

5. Chancen- und Risikobericht

Besondere Risiken für den Wasser- und Abwasserzweckverband „Der Teltow“ sind nicht erkennbar. Risiken die sich aus gesetzlichen Vorgaben und der Rechtsprechung ergeben, werden ständig überwacht.

Hinsichtlich der zum 25.05.2018 in Kraft tretenden DSGVO hat der Verband und sein Betriebsführer die notwendigen Maßnahmen ergriffen, um den erweiterten datenschutzrechtlichen Bestimmungen zu genügen.

Der Zweckverband wächst aufgrund der aktuell gesteigerten Bautätigkeiten im Verbandsgebiet und rechnet mit entsprechenden Mengensteigerungen. Diese stabilisieren einerseits die Ertragslage des Verbandes, führen andererseits auch zu notwendigen strategischen Maßnahmen. So sind derzeit Aktivitäten zur Erweiterung und Stabilisierung der Rohwasserbeschaffung und zur Optimierung der schwankenden Aufleitmengen im Klärwerk Stahnsdorf in Vorbereitung. Auch die zunehmende Komplexität bei der Aufbereitung der Rohwässer und der Entsorgung des Abwassers sowie steigende gesetzliche Anforderungen werden zu steigenden Kosten führen können.

Weiterhin sind aus dem Beschluss des BVerfG vom 12.11.2015 (1 BvR 2961/14, 1 BvR 3051/14) zur rückwirkenden Festsetzung von Kanalanschlussbeiträgen im Land Brandenburg Verfahren gegen den Verband in verschiedenen Instanzen bei Gericht anhängig. Abhängig von den Entscheidungen der Gerichte sind negative Auswirkungen auf die Liquidität der Verbandes möglich. Bisher liegen jedoch keine Anhaltspunkte vor, die Risiken nicht als gering einzustufen. Eine kritische Liquiditätssituation wird zu keiner Zeit erwartet.

Das beständige Wachstum des Großraums Berlin/Potsdam führt jedoch auch zu einer sich abzeichnenden und in der Zukunft verstärkenden Problematik um die Nutzung der vorhandenen Grundwasserressourcen. Gerade im direkten Umfeld zum Berliner Stadtgebiet muss in absehbarer Zukunft mit konkurrierenden Nutzungsgenehmigungen in der Wasserförderung gerechnet werden.

6. Ergänzende Angaben gem. § 21 Abs. 2 Eigenbetriebsverordnung des Landes Brandenburg

1. Im abgelaufenen Wirtschaftsjahr haben sich die Bestände der zum Verband gehörenden Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte nicht verändert.
2. Im abgelaufenen Wirtschaftsjahr wurde im Wasserwerk Teltow der Ausbau der zweiten Filterstufe zur Aufbereitung des Rohwassers abgeschlossen.

Die weiteren Bestände, deren Leistungsfähigkeit und der Ausnutzungsgrad der zum Verband gehörenden weiteren wichtigsten Anlagen blieben unverändert.

3. Stand der im Bau befindlichen Anlagen und die geplanten Bauvorhaben:

Laufende Baumaßnahmen

Investitionen Trinkwasser

Kleinmachnow, Wasserwerk Optimierung/Erhöhung der Spitzenförderung Bauzeitraum: 2017 - 2019	Plan WP 2017 bisher abgerechnet	4.000.000 € 64.000 €
Stahnsdorf, Potsdamer Allee Erneuerung der TWL Bauzeitraum: 2017 - 2019	Plan WP 2017 bisher abgerechnet	1.310.000 € 38.000 €
Stahnsdorf, Dorfpl. 2.BA nordwestl., Am Wald, Kirchstr. Erneuerung der TWL Bauzeitraum: 2017 - 2019	Plan WP 2017 bisher abgerechnet	595.000 € 265.000 €
Kleinmachnow, Dreilinden 2. Ausgangsleitung vom Wasserwerk Bauzeitraum: 2017 - 2018	Plan WP 2017 bisher abgerechnet	200.000 € 13.000 €

Maßnahmen in Vorbereitung

Investitionen Trinkwasser

Verlegung L77n Erneuerung HUME-Leitung i.V.m. Straßenneubau geplanter Bauzeitraum: 2018	Geplante Baukosten	275.000 €
Kleinmachnow, Rudolf-Breitscheid-Straße WW, Neubau Brunnen 2 geplanter Bauzeitraum: 2018 - 2019	Geplante Baukosten	310.000 €

Teltow, Anbindung Ruhlsdorfer Str. an Fliederstraße geplanter Bauzeitraum: 2018	Geplante Baukosten	20.000 €
Kleinmachow, Im Walde, Krumme Gehren, etc. Erneuerung TWL geplanter Bauzeitraum: 2018 - 2019	Geplante Baukosten	550.000 €
Teltow, Sputendorfer Straße Erneuerung TWL geplanter Bauzeitraum: 2018	Geplante Baukosten	100.000 €
Stahnsdorf, Bergstraße, Friedrich-Naumann-Str., etc. Erneuerung TWL geplanter Bauzeitraum: 2018 - 2019	Geplante Baukosten	485.000 €
Teltow, Straße am Sportplatz Erneuerung TWL geplanter Bauzeitraum: 2018	Geplante Baukosten	60.000 €

Investitionen Schmutzwasser

Stahnsdorf, Gewerbegebiet Erneuerung Pumpwerk Geplanter Bauzeitraum: 2018	Geplante Baukosten	200.000 €
Stahnsdorf, Güterfelde, Potsdamer Str. Erneuerung Pumpwerk Geplanter Bauzeitraum: 2018	Geplante Baukosten	220.000 €
Teltow, Biomalzspange; SW-Kanal neu verlegen Errichtung SW-Kanal Geplanter Bauzeitraum: 2018	Geplante Baukosten	300.000 €
Teltow, Lichterfelder Allee Erneuerung SW-Kanal Geplanter Bauzeitraum: 2018 -2019	Geplante Baukosten	235.000 €
Stahnsdorf, Bergstraße, Friedrich-Naumann-Str., etc. Erneuerung SW-Kanal geplanter Bauzeitraum: 2018 - 2019	Geplante Baukosten	575.000 €

Von den für 2017 geplanten Investitionsmaßnahmen wurden vom Verband Anlagen in folgenden Größenordnungen nicht fertig gestellt und folgender Endstand bei Anlagen im Bau ermittelt:

Endstand Trinkwasser: 394,1 T€
Abwasser: 13,2 T€

4. Eigenkapital, Rückstellungen

Bilanzposition	Anfangsbestand 01.01.2017	Zugänge	Entnahmen	Endbestand 31.12.2017
	T€	T€	T€	T€
1.Eigenkapital	24.162	957	0	25.120
2.Rückstellungen	1.991	2.254	1.215	3.030

Der Zugang im Eigenkapital ergibt sich aus dem Jahresüberschuss 2017. Die Entwicklung der Rückstellungen ist im Wesentlichen auf die Veränderungen der Ausgleichrückstellung aus der Preis- und Gebührenkalkulation zurückzuführen.

5. Umsatzerlöse mittels Mengenstatistik:

Abweichend zu den Umsatzerlösen der Gewinn- und Verlustrechnung, die auch die Auflösung der Anschlussbeiträge und Baukostenzuschüsse umfassen, werden hier nur die gegenüber den Kunden geltend gemachten Abrechnungsbeträge dargestellt. Die Bezugsgrößen sind daher auch die den Umsatz abbildenden Mengen, nicht die produzierten bzw. entsorgten Mengen.

	Erlöse in T€		Menge in m³	
	2017	2016	2017	2016
Schmutzwasserbeseitigung	8.689	9.001	2.753.590	2.682.343
Fäkalienentsorgung/Fremdeinleiter	23	26	10.255	12.006
Trinkwasserversorgung	5.289	6.210	3.047.504	3.168.919

In 2017 waren folgende Netto-Preise und Gebühren gültig:

- Mengenpreis TW 1,54 €/ m³
- Mengengebühr SW 2,83 €/ m³
- Mengengebühr Fäkalschlamm 39,27 €/ m³
- Grundpreis TW ≤Qn5 65,00 €/ Wasserzähler/ Jahr
- Grundpreis TW Qn5 – Qn6 163,00 €/ Wasserzähler/ Jahr
- Grundgebühr SW 92,00 €/ Jahr

6. Personalaufwand und Entwicklung Belegschaft (VZÄ):

	2017	2016
Durchschnittliche Arbeitnehmer	0,5	0,5
Arbeitnehmer jeweils zum 31.12.	0,5	0,5

<u>Aufgliederung Personalaufwand</u>	<u>T€</u>
1. Löhne	0
2. Gehälter und Vergütungen	34,5
3. Soziale Abgaben	7,2
4. Aufwendungen für Altersversorgung	0
5. sonstige soziale Aufwendungen	0
Summe	41,7

7. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Wirtschaftsjahres eingetreten sind, wurden im Nachtrags- sowie Chancen- und Risikobericht dargestellt.
8. Voraussichtliche Entwicklung des Verbandes:
Wir verweisen auf unsere Ausführungen im Abschnitt 4. Prognosebericht.
9. Folgende Finanz- und Leistungsbeziehungen des Verbandes mit den Mitgliedsgemeinden sind im abgelaufenen Wirtschaftsjahr zu verzeichnen:
 - a. Kapitalzuführung und -entnahmen:
 - i. Kapitalzuführung 0 T€
 - ii. Kapitalentnahmen 0 T€
 - b. Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche 0 T€
 - c. Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen
 - i. durch die Gemeinden gewährte Bürgschaften 0 T€
 - d. Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Mitgliedsgemeinden unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können existieren nicht.

29. Juni 2018

Wasser- und Abwasserzweckverband „Der Teltow“
Der Verbandsvorsteher


Michael Grubert

Erfolgsübersicht mit Spartenrechnung für das Jahr 2017

Au fwendungen und Erträge nach Bereichen und Aufwandsarten	Eigenbetrieb insgesamt	Allgemeine und gemeinsame Betriebsabteilungen		Hoheitlicher Bereich {nicht steuerliche Sparten}			Betriebe gewerblicher Art — BgA (steuerliche Sparten)			Andere Betriebszweige einschließlich Nebenbetriebe	Hilfsbetriebe	Aktivierte Eigenleis- tungen
		Verwaltung und Vertrieb	Sonstiges	Schmutzwasser	N/A	N/A	Trinkwasser	N/A	N/A			
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1. Umsatzerlöse'	17.220.284,78	0,00	0,00	10.637.093,16	N/A	N/A	6.583.191,62	N/A	N/A	0,00	0,00	0,00
2. Erhöhung oder Vermin- derung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,00	0,00	0,00	0,00	N/A	N/A	0,00	N/A	N/A	0,00	0,00	0,00
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	N/A	N/A	0,00	N/A	N/A	0,00	0,00	0,00
4. Sonstige betriebliche Erträge	1.081.507,95	0,00	0,00	678.603,52	N/A	N/A	402.904,43	N/A	N/A	0,00	0,00	0,00
5. Materialaufwand	10.810.558,28	0,00	0,00	6.824.569,35	N/A	N/A	3.985.988,93	N/A	N/A	0,00	0,00	0,00
6. Personalaufwand	41.646,33	0,00	0,00	19.157,31	N/A	N/A	22.489,02	N/A	N/A	0,00	0,00	0,00
7. Abschreibungen	5.365.238,71	0,00	0,00	3.463.735,11	N/A	N/A	1.901.503,60	N/A	N/A	0,00	0,00	0,00
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	474.902,57	0,00	0,00	138.360,57	N/A	N/A	336.542,00	N/A	N/A	0,00	0,00	0,00
9. Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	N/A	N/A	0,00	N/A	N/A	0,00	0,00	0,00
10. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	N/A	N/A	0,00	N/A	N/A	0,00	0,00	0,00
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	19.195,74	0,00	0,00	18.397,16	N/A	N/A	798,58	N/A	N/A	0,00	0,00	0,00
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	N/A	N/A	0,00	N/A	N/A	0,00	0,00	0,00
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	543.039,58	0,00	0,00	360.242,33	N/A	N/A	182.797,25	N/A	N/A	0,00	0,00	0,00
14. Ergebnis der gewöhn-lichen Geschäftstätigkeit	1.085.603,00	0,00	0,00	528.029,17	N/A	N/A	557.573,83	N/A	N/A	0,00	0,00	0,00
15. Erträge aus Gewinne- meinschaften, Gewinn- abführungs- und Teilge- winnabführungsverträgen	0,00											
16. Aufwendungen aus Verlustübernahme	0,00											
17. Außerordentliche Erträge	0,00											
18. Außerordentliche Aufwendungen	0,00											
19. Außerordentliches Ergebnis	0,00											
20. Steuern von Einkommen und vom Ertrag	124.256,51											
21. Sonstige Steuern	4.023,59											
22. Jahresgewinn	957.322,90											

Technische und wirtschaftliche Grundlagen WAZV „Der Teltow“

	Einheit	2017	2016
<u>Trinkwasserversorgung</u>			
Rohrnetz	km	366	366
Wasserwerke	Anzahl	2	2
Brunnen	Anzahl	18	18
Verbrauchsstellen	Anzahl	17.579	17.470
Wasserförderung	m ³	3.145.037	3.303.514
Wasserbezug	m ³	<u>900</u>	<u>900</u>
Wasserbereitstellung	m ³	3.145.937	3.304.414
Wasserabgabe an Kunden	m ³	3.047.504	3.168.919
Wasserabgabe an WAZV „Mittelgraben“	m ³	6.687	6.979
Wasserabgabe an WARL	m ³	1.346	809
Eigenverbrauch	m ³	<u>64.879</u>	<u>63.062</u>
Netzverluste	m ³	33.554	72.433
	%	1,07	2,19
<u>Schmutzwasserentsorgung</u>			
Schmutzwasserleitungen			
Hauptkanal Gesamt	km	258	258
Druckrohrleitungen	km	59	59
Pumpstationen	Anzahl	97	97
Kanalkunden	Anzahl	17.003	16.930
Schmutzwasserbeseitigung	m ³	2.729.374	2.654.588
Fäkalien	m ³	24.216	27.755
Fäkalien (Fremdeinleiter)	m ³	<u>10.255</u>	<u>12.006</u>
		2.763.845	2.694.349
Fäkalschlamm	m ³	0	0
Einleitmenge	m ³	2.766.166	2.696.286
Schmutzwasserdifferenzen	m ³	2.321	1.937
	%	0,08	0,07

RECHTLICHE, STEUERLICHE UND WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Handelsregister und Geschäftsjahr	<p>Der Zweckverband hat seinen Sitz in Kleinmachnow.</p> <p>Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.</p>
Verbandssatzung	<p>Die Verbandssatzung des Wasser- und Abwasserzweckverbandes „Der Teltow“ wurde am 9. Juni 2004 beschlossen und zuletzt am 4. März 2015 geändert. Sie ist seitdem unverändert in Kraft.</p>
Organe des Zweckverbandes	<p>Organe des Zweckverbandes sind</p> <ul style="list-style-type: none">- die Verbandsversammlung,- der Verbandsvorsteher,- der Verbandsvorstand.
Verbandsvorsteher	<p>Der Verbandsvorsteher im Geschäftsjahr 2017 war: Michael Grubert</p>
Verbandsvorstand	<p>Dem Verbandsvorstand gehörten in 2017 an:</p> <p>Michael Grubert, Jurist Ronny Bereczki, Student Karsten Jänicke, Dipl.Betriebswirt (FH) Dr. Bernd-Alois Tenhagen, Beamter, Wissenschaftlicher Ober- rat Norbert Gutheins, privater Immobilienverwalter (ab dem 12. Juli 2017)</p>
Verbands- versammlung	<p>In der Verbandsversammlung am 12. Juli 2017 wurde der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 festgestellt. Es wurde beschlossen, den Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 920 auf neue Rechnung vorzutragen. Dem Verbandsvorsteher wurde Entlastung erteilt.</p> <p>Die FIDES Treuhand GmbH & Co. KG wurde zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2017 gewählt.</p>

STEUERLICHE VERHÄLTNISSE

- Steuerbescheide 2016** Die Steuerbescheide 2016 für Körperschaftsteuer und über Solidaritätszuschlag sind am 30. Mai 2018 erlassen worden.
- Steuerliche Außenprüfung** Mit Datum vom 7. November 2017 ordnete das Finanzamt Königs Wusterhausen eine steuerliche Außenprüfung an. Geprüft wird die Körperschaftsteuer für den Zeitraum 2012 bis 2015. Die Prüfung war zum Zeitpunkt der Jahresabschlussprüfung noch nicht abgeschlossen.

WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

- Verbandsmitglieder, Name, Sitz, Rechtsform, Verbandsgebiet** Die Gemeinde Kleinmachnow, die Gemeinde Stahnsdorf, die Gemeinde Nuthetal mit dem Ortsteil Nudow und die Stadt Teltow als Verbandsmitglieder bilden nach den §§ 1 und 4 ff. des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (GkG) einen Zweckverband. Verbandsgebiet ist das Gebiet der Gemeinde Kleinmachnow, der Gemeinde Stahnsdorf und der Stadt Teltow sowie der Ortsteil Nudow der Gemeinde Nuthetal. Sitz des Zweckverbandes ist Kleinmachnow. Der Zweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.
- Aufgaben des Zweckverbands** Der Zweckverband hat im Gebiet seiner Mitgliedsgemeinden die folgenden Aufgaben:
a) die Versorgung mit Wasser,
b) die schadlose Ableitung und Behandlung von Schmutzwasser.
Zu den Aufgaben gehören auch die Planung, Errichtung, Instandhaltung, Erneuerung und der Betrieb der zur Erfüllung der Wasserversorgung und Schmutzwasserableitung und –behandlung erforderlichen öffentlichen Anlagen.
- Betriebsführungsvertrag** Zwischen der MWA und dem Zweckverband besteht seit dem 22. März 2000 ein Betriebsführungsvertrag. Der Zweckverband beauftragt hierin die MWA mit dem Betrieb und der Unterhaltung der Trink- und Schmutzwasseranlagen und sonstigen Ver- und Entsorgungseinrichtungen, die im Eigentum des Zweckverbands stehen oder dem Zweckverband zur Nutzung überlassen worden sind. Die Beauftragung umfasst auch die kaufmännische Betriebsführung des Zweckverbands. Für die Leistungen nach diesem Vertrag zahlt der Zweckverband an die MWA eine jährliche Vergütung auf Selbstkostenbasis, soweit die MWA nicht im direkten Verhältnis zu den Nutzern ein privatrechtliches Entgelt erhebt.

Wasser-und Abwasserzweckverband „Der Teltow“, Kleinmachnow

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungsorganisation

Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

- a) **Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?**

Die Aufgaben und Zuständigkeiten für die Organe des Zweckverbands, der Verbandsvorsteher, die Verbandsversammlung und dem Verbandsvorstand, ergeben sich maßgeblich aus der Verbandssatzung. Darüber hinaus liegt für die Verbandsversammlung eine Geschäftsordnung vor. Ein Geschäftsverteilungsplan besteht nicht. Die vorliegenden Regelungen entsprechen nach unserer Auffassung den Bedürfnissen des Unternehmens.

- b) **Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?**

Es fanden sechs Verbandsversammlungen im Berichtsjahr statt. Weiterhin wurden sieben Vorstandssitzungen abgehalten. Entsprechende Niederschriften liegen vor.

- c) **In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien im Sinne des § 125 Absatz 1 Satz 5 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?**

Der Verbandsvorsteher des Zweckverbands, Herr Michael Grubert, war nach den uns erteilten Auskünften in folgenden Gremien tätig:

- Aufsichtsrat der Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH
- Aufsichtsrat der Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH
- Aufsichtsrat der Gemeinnützige Baugenossenschaft Steglitz e.G.
- Aufsichtsrat der Freibad Kiebitzberge GmbH
- Beirat des Ausbildungsverbund Teltow

- d) **Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?**

Die entsprechenden Angaben sind dem Anhang zu entnehmen. Vergütungen hinsichtlich erfolgsbezogener Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung bestehen nicht.

Ordnungsmäßigkeit des Geschäftsführungsinstrumentariums

Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

- a) **Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?**

Auf Grund des Betriebsführungsvertrags mit der Mittelmärkische Wasser- und Abwasser GmbH (MWA) und der damit einhergehenden sehr geringen Mitarbeiteranzahl wurde auf einen entsprechenden Organisationsplan verzichtet.

- b) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?**

Es liegt kein Organisationsplan vor.

- c) **Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?**

Im Zweckverband selbst existieren keine entsprechenden Vorkehrungen.

- d) **Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?**

Wesentliche Entscheidungsprozesse sind in der Verbandssatzung geregelt. Ferner wird der Handlungsrahmen des Verbandsvorstands durch die jährliche Wirtschaftsplanung festgelegt. Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass diese Regelungen nicht eingehalten wurden.

- e) **Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z. B. Grundstücksverwaltung, EDV)?**

Eine ordnungsgemäße Dokumentation wesentlicher Verträge erfolgt im Rahmen der Betriebsführung durch die MWA.

Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

- a) Entspricht das Planungswesen - auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten - den Bedürfnissen des Unternehmens?**

Der Zweckverband nimmt in der zweiten Jahreshälfte regelmäßig die Erstellung eines Wirtschaftsplans vor. Die Planung und Fortschreibung der Daten entspricht den Bedürfnissen des Unternehmens.

- b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?**

Für das zweite und dritte Quartal des Jahres 2017 wurden quartalsweise Abweichungsanalysen erstellt. Eine Ausweitung ist für das Geschäftsjahr 2018 geplant.

- c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?**

Das Rechnungswesen entspricht der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens.

- d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?**

Eine laufende Liquiditätskontrolle unterjährig ist auskunftsgemäß durch den Vorstand sowie den Geschäftsführer der MWA GmbH gewährleistet. Hierzu werden monatliche Liquiditätshistorien ausgewertet.

- e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?**

Ein zentrales Cash-Management besteht weder im Unternehmen noch ist der Zweckverband an einem solchen System beteiligt.

- f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?**

Der Zweckverband hat die entsprechenden Voraussetzungen grundsätzlich geschaffen. Wir weisen jedoch darauf hin, dass die Vereinbarung von Ratenzahlungsplänen keinem standardisierten Vorgehen folgt.

g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?

Das Controlling des Betriebsführers soll künftig Informationen zur Verfügung stellen, die in der Strukturiertheit und Standardisierung über dem derzeitigen Maß der Berichterstattung liegen.

h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Eine ausreichende Steuerung und Überwachung durch das Rechnungs- und Berichtswesen für die MWA GmbH, an der eine wesentliche Beteiligung besteht, ist auskunftsgemäß gewährleistet.

Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem

Frühwarnsignale sind im Zweckverband nicht definiert. Ein Risikofrüherkennungssystem als solches existiert nicht und ist auch aufgrund des festgelegten Geschäftsfeldes sowie die Übertragung nahezu aller Aufgaben auf den Betriebsführer MWA nicht erforderlich.

Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

Der Zweckverband setzt keine derartigen Instrumente ein.

Fragenkreis 6: Interne Revision

Der Zweckverband verfügt über keine Innenrevision. Da der Geschäftsbetrieb nahezu vollständig durch den Betriebsführer MWA erfolgt, ist eine Interne Revision für den Zweckverband nicht erforderlich.

Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungstätigkeit

Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?

Während der Prüfung ergaben sich keine Anhaltspunkte darüber, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans nicht eingeholt wurde.

- b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?**

Eine Kreditgewährung an den Verbandsvorsteher oder Verbandsvorstand ist im Geschäftsjahr 2017 nach unseren Erkenntnissen nicht erfolgt.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z. B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?**

Entsprechende Anhaltspunkte haben sich im Rahmen der Jahresabschlussprüfung nicht ergeben.

- d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?**

Entsprechende Anhaltspunkte haben sich im Rahmen der Jahresabschlussprüfung nicht ergeben.

Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen

- a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?**

Die im Geschäftsjahr getätigten Investitionen betrafen hauptsächlich Sanierungs- und Erschließungsmaßnahmen für den Erhalt und die Erweiterung des Trinkwasser- und des Schmutzwasserleitungsnetzes. Eine Planung ergibt sich aus den jährlichen Wirtschaftsplänen. Die Planungen erfolgen nach Maßgabe der betrieblichen Erfordernisse und werden durch die Verbandsversammlung beschlossen.

- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z. B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?**

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren.

- c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?**

Eine Überwachung der getätigten Investitionen findet anlassbezogen statt. Dabei werden auch Abweichungen und deren Ursachen untersucht. Kurzfristig soll die Implementierung eines Projektcontrollings erreicht werden.

d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

Für das Wirtschaftsjahr 2017 waren insgesamt TEUR 3.910 an Investitionen geplant gewesen. Die tatsächlichen Investitionen betrugen TEUR 3.333 und entfallen mit TEUR 2.126 auf den Bereich Trinkwasser bzw. mit TEUR 1.784 auf den Bereich Schmutzwasser. Die Investitionen im Bereich Trinkwasser liegen hierbei TEUR 838 unter Plan. Ursächlich hierfür sind insbesondere Verzögerungen der Maßnahme in der Potsdamer Allee in Stahnsdorf. Darüber hinaus ergaben sich Beschaffungsschwierigkeiten von Planungs- bzw. Bauleistungen, so dass sich das Projekt in der Max-Sabersky-Allee in Teltow verzögert hat und der Bau der 2. Wasserwerksausgangsleitung zum Gewerbegebiet Dreilinden in Kleinmachnow erst in 2018 begonnen und abgeschlossen werden konnte.

Die Planüberschreitung im Bereich Schmutzwasser um TEUR 261 beruht im Wesentlichen darauf, dass der Zugang durch Anlagenübernahme vom Investorengebiet Heinrich-Zille-Straße 2-10 in Stahnsdorf (240 TEUR) nicht Teil der Planung des Wirtschaftsplans war.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Entsprechende Anhaltspunkte sind im Rahmen der Jahresabschlussprüfung nicht bekannt geworden.

Fragenkreis 9: Vergaberegelungen

a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z. B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?

Entsprechende Anhaltspunkte sind im Rahmen der Jahresabschlussprüfung nicht bekannt geworden.

b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z. B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

Entsprechende Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, ergaben sich im Geschäftsjahr 2017 nicht.

Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan

a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Die Verbandsversammlung erhält auf Anfrage Auswertungen und Berichte. Ferner erfolgt für einzelne Themen eine Berichterstattung durch den Betriebsführer der MWA.

b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Die bereits für das Jahr 2016 angekündigte deutliche Erweiterung des Berichtswesens wurde im Jahr 2017 dahingehend umgesetzt, als dass für das zweite und dritte Quartal Quartalsberichte erstellt wurden. Nach unseren Feststellungen im Rahmen der Jahresabschlussprüfung haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die derzeit vorliegenden Berichte nicht einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Zweckverbandes geben.

- c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?**

Der Vorstandsvorstand hat auskunftsgemäß unterjährig die Verbandsversammlung über wichtige Sachverhalte für den Zweckverband zeitnah mündlich informiert. Ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen waren hiervon nicht betroffen.

- d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Absatz 3 AktG)?**

Entsprechende Berichtsansforderungen ergaben sich nicht.

- e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z. B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?**

Dergleichen Anhaltspunkte sind im Rahmen der Jahresabschlussprüfung nicht bekannt geworden.

- f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?**

Eine D&O-Versicherung besteht. Ein Selbstbehalt wurde nicht vereinbart.

- g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?**

Auskunftsgemäß wurden keine entsprechenden Interessenkonflikte gemeldet.

Vermögens- und Finanzlage**Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven****a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?**

Nicht betriebsnotwendiges Vermögen liegt nicht vor.

b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

Ungewöhnlich hohe oder niedrige Bestände liegen nicht vor.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

Anhaltspunkte dafür, dass die Vermögenslage wesentlich durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände beeinflusst wird, bestehen nicht.

Fragenkreis 12: Finanzierung**a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?**

Eine interne Finanzierungsquelle ergibt sich im Wesentlichen aus den Abschreibungen und den erwirtschafteten Jahresüberschüssen. Als externe Finanzierungsquellen bestehen Beiträge und Gebühren sowie Inanspruchnahme von Krediten.

Wesentliche Investitionsverpflichtungen ergeben sich aus dem Wirtschaftsplan und bestehen insbesondere in der stetigen Instandhaltung der Infrastruktur und der hierzu erforderlichen Ersatzbeschaffungen.

b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?

Ein Konzern existiert nicht.

- c) **In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?**

Der Zweckverband hat im Geschäftsjahr 2017 Fördermittel für das Wasserwerk in Teltow (Erweiterung Filteranlage) in Höhe von TEUR 48 und für die SWL Ruhlsdorfer Straße, Teltow, in Höhe von TEUR 187 erhalten.

Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

- a) **Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?**

Das Unternehmen verfügt über eine als ausreichend einzustufende Eigenkapitalausstattung.

- b) **Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?**

Der Bilanzgewinn wird auf neue Rechnung vorgetragen. Dieser Vorschlag ist nach unserer Einschätzung mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar.

Ertragslage

Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

- a) **Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?**

Es liegen keine Segmente und kein Konzern vor. Eine Aufteilung der Umsatzerlöse in Trinkwasser- und Schmutzwasserversorgung ist aus dem Anhang sowie aus der Erfolgsübersicht ersichtlich.

- b) **Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?**

Das Jahresergebnis ist nicht von einmaligen Vorgängen geprägt.

- c) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?**

Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung und nach den erteilten Auskünften sind entsprechende Leistungsbeziehungen, deren Konditionen nicht angemessen gewesen wären, nicht bekannt geworden.

- d) **Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?**

Eine Konzessionsabgabe liegt nicht vor.

Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

- a) **Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?**

Verlustbringenden Geschäfte sind uns im Rahmen der Prüfung nicht bekannt geworden.

- b) **Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?**

Das Unternehmen erzielte einen Gewinn.

Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

- a) **Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?**

Wir verweisen zu den unter Pkt. 15.a) gegebenen Ausführungen.

- b) **Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?**

Wir verweisen zu den unter Pkt. 15.b) gegebenen Ausführungen.

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung aus Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.